

(van Dinther [CDU])

(A) startet, sind mit Ihren Haushaltsmitteln aus dem Öffentlichkeitsmitteletat schon mit dieser Aktion angefangen und haben auch schon einiges bewegt. Diese Broschüre habe ich wirklich positiv zur Kenntnis genommen. Sie ist auch nicht in Hochglanz, das habe ich nie gesagt. Das Anliegen der CDU haben wir im Ausschuß nie anders dargestellt. Wir haben nur gesagt, daß wir weitere Zusatzmittel für Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich für etwas viel Geld halten, das für diesen Zweck veranschlagt wird.

**Ilse Ridder-Melchers, Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann:** Frau van Dinther, ich will nicht alles wiederholen, was ich im Ausschuß dazu erklärt habe. Wir haben dargelegt, wo wir die anderen Mittel einsetzen. Dann müssen Sie erklären, was wir nicht machen sollen. Ich bin gern bereit, mit Ihnen darüber zu streiten. Das Land Nordrhein-Westfalen ist ein großes Land. Wenn wir nur einen Teil von Betrieben erreichen wollen, wenn wir nur in allen Regionen des Landes irgendwelche Veranstaltungen organisieren wollen, kostet es eben ein paar Mark. Das ist kein Geld, das zu viel ist, sondern wir werden ganz schön sparsam haushalten müssen, um überhaupt etwas auf den Weg zu bringen.

(B) Lassen Sie mich zum Schluß einen Punkt aufgreifen, den ich besonders interessant fand und der in einer Form von Dialektik war, die ich einer Frau fast nicht unterstellen möchte. Frau van Dinther, Sie fordern hier ein, doch bitte schön Rahmenbedingungen für Frauen in privaten Haushalten zu schaffen. Die Frage dürfen Sie sich doch selbst stellen, wer dafür verantwortlich ist, daß wir in Bonn keine andere gesetzliche Grundlage für die Frauen bekommen, die ohne soziale Absicherung arbeiten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist wirklich eine Sache, die die CDU und die F.D.P. zu vertreten haben. Es ist schon eine Art von Dialektik, uns vorzuhalten, wir sollten Rahmenbedingungen schaffen.

(Zuruf des Peter Bensmann [CDU])

Daraus wird doch nur umgekehrt ein Schuh. Sehen Sie endlich zu, daß die in Bonn vernünftige Gesetze schaffen. Dann haben wir nicht über drei 3 Millionen Frauen in der geringfügigen Beschäftigung ohne soziale Absicherung. Das wird doch wohl höchste Zeit. Frau Nolte, unsere Bundesfrauenministerin, geht permanent auf Tauchsta-

tion und redet genauso dialektisch. Sie macht schöne Veranstaltungen, redet ein bißchen das "Wort zum Sonntag". An Worten sind genug, aber an Taten kommt nichts dabei heraus. Es wäre für uns auf Landesebene manchmal etwas einfacher, wenn diese Bundesregierung und diese Bundesfrauenministerin endlich bereit wären, Flagge zu zeigen und für einige gesetzliche Rahmenbedingungen für Frauen auf der Bundesebene zu sorgen. Da hätte sie alle Hände voll zu tun.

(Zuruf des Peter Bensmann [CDU])

Abschließend muß ich sagen: Ich kann die Kritik von Frau van Dinther ansonsten durchaus gelassen hinnehmen. Wenn sie meint, wir machen zu viel für Frauen, dann ist das ihre Einschätzung. Ich bin der Meinung, daß der Haushalt 1996 eine gute Grundlage ist. Er macht überzeugend klar, wie ernst uns das in Nordrhein-Westfalen gewesen ist und auch weiterhin bleiben wird, Gleichstellung in allen Feldern, im Erwerbsleben, bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und den Abbau von Diskriminierung zu erreichen.

Die Landesregierung hat mit ihrem Haushaltsentwurf Akzente gesetzt. Die Fraktionen haben gemeinsam weitere Akzente gesetzt und gemeinsam Ansätze verstärkt. Das ist eine gute Grundlage für die Frauenpolitik in Nordrhein-Westfalen. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich **schließe** die **Beratung**, und wir kommen zur **Abstimmung** zum **Einzelplan 11** entsprechend der Beschlussempfehlung - Drucksache 12/811. Wer dem die Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der Einzelplan 11 in der 2. Lesung mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU so **beschlossen**.

Ich rufe auf:

### Stellenpläne

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung - Drucksache 12/800.

Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile als erstem Redner für die CDU-Fraktion Herrn Bensmann das Wort.

(A) **Peter Bensmann (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir reden jetzt über 50 % der Steuereinnahmen, 40 % des Landeshaushalts. Leider ist der Finanzminister nicht da. Er wollte noch kommen. Ich denke, es dürfte ihn auch interessieren, wie das Haus darüber denkt. Denn in diesem Jahr liegen wir mit der sogenannten Personalsteuerquote über der selbst festgelegten Marke von 50 %, nämlich bei 50,7 %, Herr Minister. Sie überschreiten damit Ihre selbst festgelegte mittelfristige Finanzplanung. Insgesamt haben wir in diesem Jahr eine Steigerung von 33,4 % auf 34,8 % in 1996. Das ist eine Steigerung von 4,2 %.

Vor zehn Jahren lagen die absoluten Personalkosten noch bei 23,7 Milliarden DM, und die mittelfristige Finanzplanung sah eine Steigerung von jährlich maximal 3,4 % vor. Ihr Vorgänger, Herr Schleißer, Minister Posser, hat damals verkündet, daß es allein schon aufgrund der demographischen Entwicklung zu einer starken Abnahme des Personalumfangs kommen werde und - wie Sie auch immer wieder - die Landesregierung dieses Ziel konsequent verfolge.

(B) Vor zehn Jahren hielt ich meine erste Rede zum Personalhaushalt. Ich habe noch einmal nachgesehen, was ich darauf geantwortet habe. Ich habe festgestellt, daß ich dies damals im Haushalt 1986 eigentlich nicht erkennen konnte.

Minister Posser hat mir vehement widersprochen. Zehn Jahre später allerdings rechtfertigen die heutigen Zahlen leider meine damalige Befürchtung. Damals mittelfristige Finanzplanung: 3,4, heute 4,2; und nicht einmal diese Marge halten Sie ein.

Besonders dramatisch sind die steigenden Aufwendungen für Versorgungsempfänger. Dabei handelt es sich um zweistellige Raten: 1993 waren es 5 Milliarden, 2020 werden diese Aufwendungen auf über 12,5 Milliarden DM anwachsen - dies jedoch, so Ihre Vorlage, unter der Voraussetzung konstanter Reallöhne, konstanter Preise und ohne Beihilfe: eine Prämisse, die kaum einzuhalten ist.

Die CDU hat bereits seit Jahren immer wieder im Unterausschuß "Personal", im Haushalts- und Finanzausschuß und vor wenigen Monaten hier im Plenum durch einen CDU-Antrag von der Landesregierung die Realisierung des längst überfälligen, dringenden Handlungs- und Entscheidungsbedarfs eingefordert. Selbst Sie, Herr Minister Schleißer, haben bei Einbringung des Haushaltsentwurfs 1996 öffentlich erklärt - ich zitiere, Frau Präsi-

tin, mit Ihrer Genehmigung aus der Presseerklärung des Finanzministeriums -:

(C) "Um die besondere Dynamik der Pensionsaufgaben aufzufangen, will sich der NRW-Finanzminister an jeder vernünftigen Gesetzesinitiative beteiligen, die eine Begrenzung des Zuwachses der Versorgungsleistungen zum Ziele hat."

Trotzdem haben nicht nur Sie, Herr Schleißer, sondern hat auch die SPD-Fraktion mit Herrn Walsken unseren Antrag bei der plenaren Beratung als populistisch abgetan und - ich erinnere mich noch gut, denn es ist noch gar nicht so lange her - alles aufgezählt, was diese Landesregierung in diesem Punkt tut. Dieses Vorgehen von Ihrer Seite war sehr enttäuschend. Denn obwohl wir einen fairen Dialog auch im Ausschuß angeboten haben, haben Sie diesen verweigert.

(D) Sie, Herr Finanzminister, frage ich ganz persönlich: Wenn Sie sich an jeder vernünftigen Gesetzesinitiative - wie Sie es selber formuliert haben - beteiligen wollen, warum bringen Sie dann keinen entsprechenden Gesetzentwurf in den Bundesrat ein? Daß er vernünftig ist, garantieren Sie ja dadurch, daß Sie ihn einbringen. Sie rühmen sich doch auch sonst immer - offiziell und informell -, Sie seien der finanzpolitische Fachmann und Meinungsführer der Finanzministerkonferenz. Ich sage Ihnen mit allem Nachdruck: Wenn es uns nicht in aller kürzester Zeit gelingt, insbesondere bei den neu einzustellenden Beamten Vorsorge für die späteren Pensionslasten zu treffen, werden wir diese dramatische Entwicklung - Sie sagen es selber, es sind Ihre Worte - nicht mehr in den Griff bekommen. Wir sind - ich will es aber nicht vorwegnehmen, denn wir werden den Antrag im Plenum noch einmal beraten - für jeden Vorschlag offen. Und auch wir haben ja, wie gesagt, Vorschläge unterbreitet, doch haben Sie diese leider abgelehnt.

Ein anderer Punkt! Der richtige Weg - dies war ebenfalls ein Vorschlag der CDU -, den Personalabbau insbesondere in der aufgeblähten Ministerialbürokratie durch Organisationsuntersuchungen voranzutreiben, wird nur sehr, sehr schleppend beschrritten. Es trifft zwar, wie Sie in Ihrer Einbringungsrede festgestellt haben, zu, daß unter Regie des Arbeitsstabes Aufgabenkritik bereits 26 Landeseinrichtungen untersucht worden sind; allerdings ist die sowohl vom Ministerpräsidenten in der Regierungserklärung als auch von Ihnen zuletzt in der Presseerklärung vom 11. Oktober 1995 verkündete Zahl von 12 000 kw-Ver-

(Bensmann [CDU])

(A) merken falsch, Herr Schleißer. Es sind, einschließlich des Haushaltsplanentwurfes 1996, lediglich 8 424, von denen bislang nur 1 163 realisiert sind; Stand der Vorlage: 29. Februar, auf Wunsch des Unterausschusses "Personal" von Ihrem Hause an uns alle weitergeleitet.

(Minister Heinz Schleißer: Wir versorgen Sie mit allen Zahlen!)

- Ich bedanke mich auch dafür. Und dann kommt das dabei herum. Ich hoffe, daß wir trotzdem immer die richtigen Zahlen erhalten.

Vor diesem Hintergrund frage ich Sie, wie ernst zu nehmen und realistisch eigentlich Ihre Aussage - das schreiben Sie auch in der Presseerklärung - ist, diesen Personalabbau konsequent weiterzuführen und bis zum Ende der Legislaturperiode 10 000 weitere kw-Stellen ausweisen zu wollen? - Ich befürchte nicht zu Unrecht - und ich denke, es eben ausreichend dargelegt zu haben -, daß Sie genau wie Ihr Vorgänger, Finanzminister Posser, dieses Ziel nicht erreichen werden. Als Beleg dafür, daß Sie genau das Gegenteil machen, einige Beispiele.

Diese rot-grüne Koalition betreibt nämlich eine weitere Aufblähung der Ministerialbürokratie: zwei neue Minister, vier weitere B-10-Staatssekretärsstellen im Nachtragshaushalt. Und obwohl im Zuge der Beratung des Nachtragshaushaltes von Ihnen ganz vehement versichert wurde, es gäbe nur eine zusätzliche B-4-Stelle, und zwar für einen zweiten Regierungssprecher, haben Sie jetzt ganz rücksichtslos und ohne jede Begründung eine weitere B-4-Stelle eingebracht.

(B) In den letzten 20 Jahren - davon habe ich zehn Jahre im Unterausschuß "Personal" und im Haushalts- und Finanzausschuß miterleben dürfen - haben Sie von der SPD-Fraktion und hat auch die Landesregierung immer eine rote SPD-Klientel-Politik betrieben.

Aber, Herr Dr. Bajohr - Ihnen bleibt die Möglichkeit, gleich darauf zu antworten -, mit welcher Dreistigkeit jetzt insbesondere von Ihnen Personalpolitik betrieben wird, das ist wirklich schon bemerkenswert. Ich will Ihnen einige Beispiele nennen. Einsetzen der Härtefallkommission: sechs Planstellen; Migrationsreferat: vier Planstellen; Einrichtung eines Schwulen- und Lesbenreferates: zwei Stellen in 1995, vier weitere Stellen zu realisieren ist Minister Horstmann beauftragt - dazu gibt es einen persönlichen Schriftverkehr zwischen ihm und den GRÜNEN; ich bin gespannt, was dabei herauskommt -, Landeszentrum für

Zuwanderung: 1996 vier Stellen, 1997 sechs Stellen und in 1998 weitere drei; außerdem die Etatisierung einer B-10-Stelle in der Landesvertretung. (C)

Ein herausragendes Beispiel dafür, mit welcher Dreistigkeit die Koalition und insbesondere die GRÜNEN vorgehen, ist die Diskussion um den Bürgerbeauftragten. Dieses Parlament hat überhaupt noch nicht beschlossen, einen solchen Posten einzurichten, da gibt es - entsprechend dem sogenannten vorseilenden politischen Gehorsam - schon große Anzeigen und über 1 000 Bewerbungen - das werden wir uns noch einmal kritisch ansehen - für ein solches von diesem Parlament noch zu schaffendes Referat und noch zu schaffende Stellen. Das entspricht nicht dem Haushaltsrecht.

Sie werden mir gleich natürlich wie im Ausschuß auch entgegenhalten, daß Sie für diese neuen Planstellen immer Ersatz geschaffen haben. Aber ich habe auch schon im Ausschuß gefragt: Was sind das für Stellen? Da werden Stellen für Pförtner, Schreibkräfte und Arbeiter abgebaut. Schauen Sie nach, das ist durchgängig in allen Einzelplänen so. Die Aufgaben, die von diesen Leuten erledigt wurden, vergeben Sie an Dritte - darüber könnte man ja noch reden -, und dafür werden Haushaltsmittel eingestellt. Zusätzlich stellen Sie dafür Staatssekretäre und für Rot-Grün arbeitende Beamte ein. (D)

(Minister Heinz Schleißer: Das ist schlicht Unsinn, was Sie da sagen!)

- Herr Finanzminister, Sie haben gleich Gelegenheit, die Zahlen, die ich genannt habe, zu widerlegen. Wir haben uns im Personalausschuß auf der Basis der Erarbeitungen des Gutachterdienstes ausführlich mit den einzelnen Punkten befaßt, und ich habe genau auf diesen Punkt hingewiesen. Die Kollegen Walsken und Bajohr - sie haben auch gleich die Möglichkeit, darauf zu antworten - haben dem nicht widersprochen, weil es so ist.

Ich komme zum Schluß.

(Minister Heinz Schleißer: Das ist auch gut so!)

- Das geht mir bei Ihnen auch so, Herr Schleißer.

Ich fordere Sie auf, den Anträgen und Vorschlägen der CDU zu folgen, damit ein deutliches politisches Signal gesetzt wird. Wir fordern nach wie vor - erstens - die Verringerung der Zahl der Ministerien von zwölf auf acht.

(Bensmann [CDU])

(A) (Reinhold Trinius [SPD]: Welche sollen weg? - Gegenruf des Oliver Wittke [CDU]: Umwelt und Raum zuerst!)

- Umwelt und Raum zuerst, ja.

(Reinhold Trinius [SPD]: Welches ist das zweite?)

- Für jeden konstruktiven Vorschlag sind wir offen; das kann ich Ihnen sagen.

(Lachen bei SPD und GRÜNEN - Reinhold Trinius [SPD]: Welches ist das zweite? Justiz etwa?)

- Herr Trinius, sehen Sie sich an, wie im Landtagswahlkampf Herr Dr. Linssen seinen Achter vorgestellt hat. Diese acht erledigen das, was bei Ihnen zwölf machen. Wie das zugeschnitten wird, ist doch eine ganz andere Sache; das liegt in der Zuständigkeit des Ministerpräsidenten. Das hätte Herr Dr. Linssen geschafft; darauf können Sie sich verlassen.

(Reinhold Trinius [SPD]: Sie wollen also eines streichen?)

- Wir wollen acht Ministerien.

(B) Präsident Ulrich Schmidt: Er weiß nicht mehr, wie die acht geschnitten waren.

Peter Bensmann (CDU): Doch. Wenn Sie mir die Redezeit geben, kann ich alle acht benennen. Aber wie die Ressorts zugeschnitten sind, ist doch eine Sache, die der jeweilige Ministerpräsident zu erledigen hat. Ich hätte dazu auch gute Vorschläge, aber das würde er sicher sehr viel besser machen als ich.

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Die Vorschläge bittel)

- Die bekommen Sie dann.

Zweitens fordern wir: Bündeln Sie die Mittelinstanzen. RP, Landschaftsverbände und KVR; das macht auch nach Ihren Überlegungen allein 12 000 Stellen aus. Lösen Sie außerdem die Justizvollzugsämter Rheinland und Westfalen auf. Das habe ich mir gestern aufgeschrieben, aber Sie haben gestern ja wohl zeitgleich beschlossen, es nicht zu tun, obwohl es Kienbaum vorgeschlagen hat.

Wir brauchen einen schlanken und leistungsfähigen Staat, der auch in Zukunft noch bezahlbar ist,

(C) damit wir die dringend notwendigen Investitionsmittel für die Schaffung von Arbeitsplätzen bereitstellen können.

(Zustimmung des Reinhold Trinius [SPD])

Wenn wir weiter vom Personalhaushalt, insbesondere was die Pensionslasten angeht, so eingeschnürt werden, werden wir den Handlungsspielraum, den wir dringend benötigen, nicht bekommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Bensmann. - Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Walsken das Wort.

Ernst-Martin Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon ein spannendes Erlebnis, wenn bei den Riesenbeträgen, die im Personalhaushalt zur Verfügung stehen, B-10-Stellen und B-4-Stellen zum zentralen Ausgangspunkt der Debatte gemacht werden und die Frage, ob ein Kabinett aus zwölf oder acht Ministern bestehen soll, einen zentralen Angriffspunkt gegen die Personalpolitik der Landesregierung darstellt.

(D) Wir haben gerade über diese Punkte lange diskutiert. Die B-10-Stelle des Regierungssprechers ist - das wissen Sie, Herr Kollege Bensmann - nichts anderes als die Wiederherstellung eines Zustandes, der vor zehn Jahren war. Wir haben also zehn Jahre lang ungeheuer gespart, indem wir die Stelle damals abgesenkt haben, und jetzt haben wir aufgrund der langjährigen Tätigkeit des Stelleninhabers die Stelle wieder auf B 10 angehoben. Ich denke, das ist ein ganz normales Verfahren, durch das der Landeshaushalt sicher nicht kaputtgehen wird.

Was die Frage der Ministerien anbelangt, habe ich Sie schon öfter danach gefragt, was das denn bringen soll. Sie werden mir zustimmen müssen, daß die Aufgaben, die ein Ministerium hat, nicht dadurch entfallen, daß das Ministerium aufgelöst wird. Vielmehr müssen die Aufgaben auf andere Ministerien verteilt werden; andere Ministerien werden diese Aufgaben wahrnehmen müssen. Das heißt, es reduziert sich auf einen eingeschränkten Anteil der Z-Abteilungen, deren Beschäftigtenzahl man dann möglicherweise verkleinern kann. Aber wenn Häuser zusätzliche Abteilungen bekommen, ist natürlich auch der Auf-

(Walsken [SPD])

(A) wand der Z-Abteilungen größer; das ist doch logisch.

Also kann man allenfalls davon ausgehen, daß die Z-Abteilungen etwas reduziert werden. Das bringt bei vier Häusern insgesamt ein Stellenvolumen von etwa 10 % der Stellen, die in einem Haus zur Verfügung stehen. Ob es in Anbetracht der Diskussionen, die wir über wirtschaftliche Organisationsgrößen auch einmal geführt haben, Sinn macht, exorbitant große Häuser zu bilden und dann einen erheblich größeren Organisationsaufwand in den Häusern bedienen zu müssen, oder ob es nicht sinnvoller ist, möglichst viele kleine effiziente Häuser zu haben, ist eine Frage aus der Organisationspolitik, die damit noch gar nicht beantwortet ist.

Bevor Sie solche populistischen Dinge äußern, sollten Sie sich also erst einmal in der Sache kundig machen, ob das, was Sie vorschlagen, überhaupt Sinn macht oder ob das in Wahrheit nicht nur ein Gag ist, den Sie öffentlich landen wollen. Ich will das aber beiseite tun. Das gehört noch zum Thema Wahlkampf, und der ist vorbei. Lassen Sie uns über die Sache sprechen.

(B) **Präsident Ulrich Schmidt:** Kollege Walsken, darf ich Sie kurz unterbrechen: Würden Sie eine Frage vom Kollegen Schemmer zulassen?

**Ernst-Martin Walsken (SPD):** Aber selbstverständlich.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Kollege Schemmer, bitte sehr.

**Bernhard Schemmer (CDU):** Darf ich einmal fragen, mit wieviel zusätzlichem Personal an Angestellten und Beamten Sie die völlig überflüssige, aber notwendig gewordene Abstimmung zwischen den einzelnen Ministerien veranschlagen, mit 20, 30 oder 50?

**Ernst-Martin Walsken (SPD):** Sind Sie so freundlich und geben dem Kollegen Bensmann einen konkreten Prüfauftrag, dann kann er im Unterausschuß Personal einmal nachfragen, wie umfangreich sich die von Ihnen erfragte Größenordnung tatsächlich darstellt. Das wird eine spannende Diskussion.

(Beifall bei der SPD)

(C)

Ich komme nun zur Frage der Versorgungslasten. Sie werfen uns vor, wir würden darüber nicht ehrlich diskutieren, Herr Kollege Bensmann. Das stimmt ja nicht. Es ist falsch, was Sie da sagen; das wissen Sie auch.

Der erste Punkt ist: Wir haben es zum ersten Mal mit einem Haushaltsplan zu tun, in dem die Versorgungslasten den Einzelplänen zugeordnet sind. Das ist ein ganz wichtiges Signal, weil wir so auch die tatsächlichen Personalkosten des jeweiligen Einzelplans nachweisen können.

Der zweite Punkt ist: Wenn Sie eine Politik betreiben, die im Grundsatz davon ausgeht, daß 40 % der Steuereinnahmen Personalkosten einschließlich Versorgungslasten sind und 50 % der Steuereinnahmen für Personalkosten einschließlich Versorgungslasten verwandt werden sollen, dann haben Sie eine Marge, die es uns ermöglicht, in den nächsten Jahren flexibel Politik zu betreiben.

Denn Sie wissen auch, daß, wenn die Versorgungslasten steigen, der Anteil der Personalkosten aber konstant bleibt, das selbstverständlich zu Lasten vorhandener Stellen geht, d. h. Sie bekommen die Versorgungslasten am besten dadurch in den Griff, daß Sie eine vernünftige vorausschauende Personalplanung betreiben und die Quantitäten für Personaleinstellungen jetzt festlegen und nicht darüber spekulieren, wie man möglicherweise durch Gesetzesänderungen Verbesserungen der Versorgungslastensituation bewirken kann.

(D)

Im übrigen wissen auch Sie, daß die Initiativekraft für die Veränderung der Versorgungslasten in Bonn liegt, und Sie haben den Finanzminister ja ganz korrekt zitiert, nur haben Sie sein Zitat anders dargestellt. Sie haben gesagt: Der Finanzminister ist bereit, sich an Gesetzesinitiativen zu beteiligen. Jetzt frage ich mich: Wo haben Sie denn eine Gesetzesinitiative eingebracht, an der der Finanzminister sich beteiligen könnte? Sie machen es umgekehrt und erklären: Wir fordern den Finanzminister auf, endlich einmal Gesetzesinitiativen selber auf den Tisch zu legen. Da frage ich: Warum soll er das tun? Das ist Sache der Bundesregierung. Ich meine, die Bundesregierung habe hier eine Gesamtverantwortung für die Kommunen, für die Länder und für den eigenen Bereich; sie muß diese Verantwortung endlich einmal ernst nehmen, muß sie endlich einmal annehmen. Der Bundesinnenminister ist derjenige, der Gesetzesinitiativen auf den Tisch legen muß.

(Walsken [SPD])

- (A) Dann wird der Finanzminister seine Zusage einhalten, sich an diesen Initiativen konstruktiv zu beteiligen. Da liegt, so denke ich, die Verantwortlichkeit, und ich bitte Sie herzlich: Versuchen Sie in Ihren eigenen Reihen diese Verantwortlichkeit auch so wahrnehmen, wie sie sich von der Gesetzesinitiativkraft her darstellt und wie es auch politisch richtig ist!

Ich sage einmal dieses: Unsere Linie ist ein, 40%iger Anteil am Etat und ein 50%iger Anteil an den Steuern sind Personallasten. Das ist eine Linie, die uns hilft, in den nächsten Jahren solide zu wirtschaften. Wir haben - das ist ein Markenzeichen auch dieses Haushaltsplans für 1996 - diese Marge eingehalten. Wir werden sie auch weiterhin einhalten. Wir werden das damit tun, daß wir Organisationsuntersuchungen konsequent weiterführen. Wir haben sogar den Organisationskostenanteil in diesem Haushaltsplan aufgestockt. Es war gar nicht leicht, das zu tun, und wir werden hoffentlich bald die gesamte Landesverwaltung hinsichtlich der Organisation untersucht haben. Wir werden es dann vermutlich schaffen, aufgrund dieser Organisationsuntersuchungen zusätzlich zu den 12 000 Stellen noch weitere 10 000 kw stellen zu können, die dann bis zum Jahr 2000 abgebaut werden müssen. Das ist ein längerer Zeitraum. Aber ich denke, Sie wollen genauso wenig wie wir Menschen entlassen. Sie wollen genauso wie wir eine kontinuierliche Entwicklung im Bereich der kw-Stellen vollziehen.

(B)

Das bedeutet: Wir haben diese Bereitschaft zu Organisationsuntersuchungen auch dadurch bewirkt, daß wir diejenigen Häuser bzw. die Verwaltungen, die noch nicht organisationsuntersucht sind, pauschal mit einem Prozent Absetzungen von Stellen - ich will es einmal so sagen - bestraft haben. Das hat natürlich dazu geführt, daß die Bereitschaft der betroffenen Häuser, ebenfalls Organisationsuntersuchungen durchzuführen, gestiegen ist. Ich empfinde das als einen ausgesprochen klugen Vorgang, der dazu führen wird, daß wir vermutlich schneller, als wir es zuvor gehaut haben, mit den Organisationsuntersuchungen zum Abschluß kommen werden. Nur, dann beginnt die Aufgabe des Parlaments.

Nach den Organisationsuntersuchungen können vermutlich neue Stellen nur erwirtschaftet oder neue Aufgaben nur wahrgenommen werden, wenn wir als Parlament die Aufgabe der aufgabenkritischen Untersuchung vorhandener Aufgabenbereiche ernst genommen und durchgeführt

haben. Wir werden dann nicht mehr pauschal mit Absetzungen reagieren und agieren können, sondern werden uns die Dinge im einzelnen konkret daraufhin ansehen müssen, ob die Aufgaben noch wahrgenommen werden können. Denn wir können nicht mehr davon ausgehen, daß die Art der Aufgabenwahrnehmung allein schon so unrationell ist, daß dadurch Stelleneinsparungen möglich sind.

(C)

Das bedeutet: Was wir als Koalitionsfraktionen auch in diesem Haushalt bereits praktizieren, nämlich neue Stellen nur durch Finanzierung innerhalb des Haushalts auszuweisen, wird vermutlich in den nächsten Jahren der einzig begehbare Weg sein, und ich sage Ihnen, daß das, was an Grundsatzabwägungen, an grundsätzlichen Linien zur personalpolitischen Kontinuität und Konsolidierung des Haushalts gehört, von uns auch in diesem Haushalt konsequent eingehalten wird.

Es gibt zwei Schwerpunkte; das sind die Einzelpläne 05 - Schule - und 06 - Hochschule. Das, was diese beiden Einzelpläne zusätzlich an Stellen bekommen haben, erwirtschaften wir im Gesamthaushalt.

Das ist keine leichte Operation; aber wenn man bedenkt, daß wir 50 Stellen für integrativen Unterricht an der Grundschule und in der Sekundarstufe I zur Verfügung stellen - allerdings anmahnen müssen, daß ein Organisationskonzept auf den Tisch kommen muß, um die künftige Entwicklung im Griff zu halten -, und wenn wir gleichzeitig 30 neue Fachhochschulprofessuren ausweisen und 139 Verlängerungen von kw-Vermerken im Fachhochschulbereich vorschlagen und das gleichzeitig durch den Haushalt selber finanzieren, dann zeigt dies, wie solide wir selber uns an unsere Abmachungen halten, diesen Haushalt über die fünf Jahre hinaus finanzpolitisch solide zu halten.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet zugleich, daß alle anderen Überlegungen, die ja noch im Raum stehen, die wir diskutieren, nur realisiert werden können, wenn entsprechende Deckung im Haushaltsplan dieses Jahres vorhanden ist. Wir lassen uns in der Tat nicht auf Experimente ein, die da lauten: Nun beschließt mal die Stellen; die Finanzierung wird schon irgendwie kommen! - Ich wäre dankbar, wenn die CDU, die ja in vielen Bereichen im Unterausschuß "Personal" durchaus konstruktiv mitgewirkt hat, sich der Gesamtaufgabe der aufgabenkritischen Untersuchung einmal unterziehen

(Walsken [SPD])

(A) und mitmachen würde und nicht immer mit dem Finger auf den Finanzminister und auf andere zeigte nach dem Motto: Hannemann, geh du voran!

Herr Bensmann, machen Sie mit! Ich weiß, daß Sie das können. Ich weiß nicht, ob Sie Ihre Fraktion überzeugen können. Aber es wäre schon ganz gut, wenn wir viele Wege zur Konsolidierung dieses Haushalts gemeinsam beschreiten könnten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Herr Kollege Walsken. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Abgeordneten Dr. Bajohr das Wort.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Aber schön moderat!)

**Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE):** Mal sehen, ob ich da etwas tun kann.

(Zurufe von der SPD)

- Wir kriegen die Anweisungen auch so.

(B) (Erneut Zurufe)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit ihrem Entwurf für den Haushalt 1996 hat die Landesregierung, jedenfalls soweit es die Stellenpläne angeht, die selbstgesteckten Ziele voll erreicht. Auch gemessen am Koalitionsvertrag - Herr Matthiesen, Sie wissen ja, wie wichtig uns die Einhaltung der dort getroffenen Vereinbarungen ist -

(Lachen bei der CDU)

erfüllt der Regierungsentwurf samt Ergänzungsvorlage sämtliche Vorhaben und Vorgaben.

(Zuruf des Klaus Matthiesen [SPD])

- Ich kann Sie nicht verstehen, Herr Matthiesen. Aber vielleicht ist das auch ganz gut so.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Ihr seid wie die Pastoren!)

- Mit Pastoren habe ich nicht viel im Sinn, Herr Matthiesen, wie Sie vielleicht wissen.

Das Wort des Finanzministers von der "Punktlandung" dürfen die Koalitionsfraktionen - nun freuen Sie sich doch einmal, Herr Matthiesen! - für den Bereich Stellenpläne jedenfalls getrost

verwenden. Die Koalition hat im Sommer vergangenen Jahres vereinbart - ich zitiere - (C)

"Mittelfristig"

- Herr Bensmann: mittelfristig! -

"dürfen die Personalausgaben 50 % der Steuereinnahmen des Landes und 40 % der Ausgaben des Landes nicht überschreiten."

Der Haushaltsentwurf kommt diesem Ziel sehr, sehr nahe. Die Personalausgaben werden nur 39,7 % - das ist mehr als Erfüllung, Herr Bensmann - statt 40 % der Gesamtausgaben des Landes ausmachen. Das entspricht knapp 51 % der geschätzten Steuereinnahmen. Und, Herr Bensmann, wenn die Steuereinnahmen nicht so gelaufen sind, daß wir 50 % erreichen, dann liegt das vielleicht auch an Herrn Waigels Politik, die zu Steuermindereinnahmen führt. Das ist doch der Punkt!

Im Koalitionsvertrag ferner vereinbart ist die Realisierung von rund 12 000 bereits ausgebrachten kw-Stellen. Angestrebt wird auch die Ausbringung weiterer 10 000 kw-Vermerke, die ebenfalls so bald wie möglich realisiert werden sollen.

Deshalb sieht der Haushaltsentwurf den Abgang von 395 Stellen in diesem Jahr vor. Das entspricht bei einem Gesamtbestand - das muß man ehrlich zugeben - von 345 000 Planstellen und Stellen nur einem Prozentsatz von 0,1. Gemessen an dem Vorhaben, bis zum Ende der Legislaturperiode 22 000 kw-Vermerke wirksam werden zu lassen, machen 395 Stellen nur 1,8 % des Endzieles aus. (D)

Leider gibt es bei diesen 395 Stellen eine gewisse soziale Schieflage. Die minus 395 Stellen werden nämlich durch Abgänge in Höhe von 647 bei den beamteten Hilfskräften und 288 bei den Arbeiterinnen und Arbeitern erzielt. Dagegen wächst die Zahl der Planstellen um 336. Die Zahl der Stellen für Angestellte nimmt immerhin um 204 zu.

Meine Damen und Herren, es sollte nicht der Eindruck entstehen, daß die Landesregierung zuvörderst unten spare und zuletzt oben. Deshalb und weil ich so gern Finanzminister zitiere, will ich diesmal den Finanzminister NRW an einen Satz aus der Plenarsitzung vom 8. Dezember 1993 erinnern. Herr Schlußer, Sie bestätigten damals Herrn Bensmann, daß die B 7-Stelle beim Ministerium für Bundesangelegenheiten - ich zitiere - "überflüssig" sei. Sie sagten zu, "bei den Beratungen über den Haushalt 1995 über den Abbau der B 7-Stelle reden" zu wollen; auch das ist Zitat.

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) Leider haben Sie nicht mehr darüber geredet, weder 1995 noch 1996. Die Stelle findet sich immer noch im Haushaltsentwurf. Dabei wissen wir alle: Eine überflüssige B 7-Stelle kostet so viel wie mehrere Arbeiterstellen, die ansonsten erhalten oder neu geschaffen werden könnten.

Ich meine, die Landesregierung sollte verstärkt darauf achten, daß Einsparungen nicht einseitig zu Lasten niedrig bewerteter Tätigkeiten gehen; denn gerade hier liegt der Schwerpunkt der Massenarbeitslosigkeit, gerade hier sollte das Problem nicht verschärft werden.

Nun gibt es, Herr Finanzminister, keinen Regierungsentwurf, der durch das Parlament nicht noch verbessert werden könnte. Das haben wir Bündnisgrünen unserem Koalitionspartner in zähen Verhandlungen, Herr Matthiesen, geduldig nahezubringen versucht.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Geduldig? Das ist ja unglaublich! - Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ob Sie es glauben oder nicht: Wir waren erfolgreich!

(Peter Bensmann [CDU]: Wie lange hat es gedauert?)

- Wir waren geduldig!

- (B) Schließlich haben wir und die SPD Veränderungen durchgesetzt, die deutlich machen, daß die Koalition in diesem Jahr einen ihrer personalpolitischen Schwerpunkte in den Bereichen Bildung und Wissenschaft setzen will. Für alle Schulformen sieht ja schon der Regierungsentwurf 940 zusätzliche, allerdings befristete Stellen für Lehrerinnen und Lehrer vor. Im Februar konnten wir die SPD davon überzeugen, daß es notwendig ist, weitere 50 unbefristete Stellen für die integrative Beschulung behinderter Kinder zu schaffen, davon 43 an Grundschulen und 7 an Schulen der Sekundarstufe I.

(Reinhold Trinius [SPD]: Und wir konnten ---)

Ich sage hier klar und deutlich: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das der Anfang, nicht das Ende der Erfüllung unserer Programmatik. Wir werden also dieses Thema "integrative Beschulung" bei den Haushaltsberatungen 1997 wieder zur Sprache bringen.

Mit unserem Koalitionspartner haben wir überdies verabredet, an den Universitäten 139 kw-Vermerke bis zum Ende des Jahres 2000 zu verlängern,

die an sich in diesem und im nächsten Jahr wirksam werden sollten. (C)

(Klaus Matthiesen [SPD]: Wenn Sie so etwas sagen, dann gehen Sie aber davon aus, daß Sie am Sonntag eine klare Mehrheit für die Koalition kriegen! - Allgemeine Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

- Bitte keine Vorfestlegungen, Herr Matthiesen! Aber wir wollen sehen. Das Rennen ist offen. Es kommt natürlich mehr auf Sie an als auf uns. Es kommt auf Sie und auf den anderen Kronprinzen an.

Unser Beschluß hinsichtlich der Hochschulen schafft natürlich Luft in einigen Studiengängen; aber es ist eine vorübergehende Regelung. Allerdings werden auf unser Drängen hin 30 C 2- und C 3-Stellen an Fachhochschulen sowie 9 Professuren für Frauenforschung an den Universitäten geschaffen.

Keine Stelle schaffen wir ohne solide Deckung, das heißt ohne Einsparung an anderem Ort. Insgesamt haben wir deshalb über alle Einzelpläne 219 zusätzliche kw-Vermerke ausgebracht, die spätestens zum 31.12.1996 realisiert werden sollen.

Weitere Stellen, die die Koalitionsfraktionen vereinbart haben, müssen durch interne Umschichtung erwirtschaftet werden. Das gilt für drei Stellen bei der Datenschutzbeauftragten, für fünf Stellen für Umweltbeauftragte an den Hochschulen und für vier Stellen für das Schwulen- und Lesbenreferat im Sozialministerium. (D)

Meine Damen und Herren! Natürlich hätten wir Bündnisgrünen uns auch bei den Stellen mehr gewünscht, als Haushaltsentwurf plus Nachbesserungen der Koalitionsfraktionen jetzt vorsehen. Mit dem Ergebnis kann sich Rot-Grün dennoch sehen lassen. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten personalwirtschaftlichen Ziele sind erreicht, und wir haben klare Schwerpunkte zugunsten von Bildung und Wissenschaft gesetzt.

Trotzdem gibt es Grund zur Beunruhigung. Mit 4,3 Millionen Erwerbslosen hat die offizielle Statistik einen neuen Rekord eingefahren. Sicher nicht in bezug auf Stabilität oder Instabilität demokratischer Verhältnisse, immerhin aber rechnerisch befinden wir uns damit im August 1931, 17 Monate vor Hitler. Der Gesamtstaat, also auch das Land NRW, trägt unermeßliche Verantwortung nicht nur für die Wiedereingliederung der Erwerbslosen ins Berufsleben; er trägt Verantwortung

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

(A) auch für die Bewahrung der verfassungsmäßigen Ordnung.

Ich frage insbesondere die Opposition hier im Landtag, weil Ihre Freunde in Bonn, meine Damen und Herren von der CDU, die Hauptverantwortung für die Katastrophe am Arbeitsmarkt tragen: Wollen Sie oder wollen Ihre Freunde in Bonn eigentlich ausprobieren, auf welche Marke die Zahl der Erwerbslosen steigen kann, ohne daß wesentliche Gruppen der Gesellschaft den sozialpolitischen und demokratischen Konsens aufkündigen? Das Gerede vom "schlanken Staat", Herr Bensmann, nach dem die öffentlichen Körperschaften Menschen noch entlassen sollen, nach dem der Staat immer dünner werden soll, führt auch dazu, daß immer mehr Menschen auf der Straße stehen.

(Zuruf von der CDU)

- Das hat Ihr Kollege Bensmann gesagt, daß wir den schlanken Staat brauchen.

Das Land kann dieser verheerenden Politik in Bonn - 4,3 Millionen Arbeitslose; das sind Brüning'sche Verhältnisse; dafür sind Sie verantwortlich! - nur bedingt gegensteuern.

(B) Der Haushalt 1996 sichert und schafft Arbeitsplätze. Davon wird im Zusammenhang mit den Einzelplänen die Rede sein. Aber ich bitte unseren Koalitionspartner, auch einmal innezuhalten. Wer, Herr Matthiesen, dauernd "Arbeit, Arbeit, Arbeit" ruft, kann redlicherweise nicht nur die Privatwirtschaft meinen. Der öffentliche Dienst ist ein eminent richtiger Arbeitgeber. Wenn hier Arbeit geschaffen wird oder verlorengelht, hat das weitreichende Auswirkungen auf die Volkswirtschaft.

Brüning hat bekanntermaßen die Demokratie zu Tode gespart. Wir dürfen seinem Beispiel nicht folgen. Deshalb werden wir beim Haushalt 1997 über eine nennenswerte Verstärkung der Zahl der Ausbildungsplätze reden müssen. Eine Steigerung um 40 oder 0,4 % wie in diesem Jahr ist sicherlich keine Leistung, mit der wir prahlen könnten.

Wir müssen vor allem in eine Debatte über die Frage eines Kurswechsels in der Arbeitsplatzpolitik des Landes eintreten. Die Massenerwerbslosigkeit zwingt uns, in den nächsten Monaten ernsthaft über Stellen und über die Verantwortung des Staates für Beschäftigung in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst zu reden. Dabei gehe ich davon aus, daß sich eines von selbst versteht: Nur umweltverträgliche Arbeitsplätze versprechen nachhaltige Beschäftigung. Alles andere ist billiges Getöse zur Täuschung der Öffentlichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C)

Die Erwerbslosen erwarten vom Land zu Recht keine Saalschlachten um den schönsten Kandidaten für das Ministerpräsidentenamt, sondern belastbare Ergebnisse. Als Haushaltsgesetzgeber haben wir die Pflicht, Lösungen zu produzieren, die der Landeshaushalt, vor allem aber die Gesellschaft ertragen kann. Es wird Zeit, zu handeln. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Ich danke dem Kollegen Dr. Bajohr. - Für die Landesregierung spricht Herr Finanzminister Schleußer.

**Heinz Schleußer, Finanzminister:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Bajohr, durch Zuruf ist ja eben schon deutlich geworden, daß das, was Sie an Herausstreichbarem aufgrund des Gesetzentwurfs der Landesregierung, aufgrund der weiteren Gespräche und Verhandlungen zwischen den Koalitionsfraktionen festgelegt haben, abgesichert werden muß. Welches Gewicht dann anschließend dort steht, werden wir zur dritten Lesung hier im Landtag erleben: welches Gewicht jeweils welche Aussage hat.

(D)

Ich stimme Ihnen zu, daß natürlich auch der öffentliche Dienst Verpflichtungen hat und bei der großen Zahl an Arbeitslosen Verpflichtungen eingehen muß. Nur müssen sich alle Seiten von der Illusion trennen, daß über den öffentlichen Dienst nennenswerte Arbeitsmarktpolitik geleistet werden kann. Das war eine Illusion, und es bleibt eine Illusion.

(Beifall bei SPD und CDU)

Was wir den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bieten können und weiter bieten werden, ist das, wonach die Gewerkschaften der Privatwirtschaft sehen und wofür sie kämpfen: die Arbeitsplatzsicherheit des einzelnen jetzt Beschäftigten. Das ist in hohem Maße im öffentlichen Dienst realisiert. Niemand muß sich um seinen Arbeitsplatz sorgen. Ich könnte Ihnen viele Probleme nennen, die wir nicht mehr hätten, wenn es eine solche Sicherheit in anderen Bereichen gäbe. Das muß man anerkennen, das wollen wir beibehalten. Das ist die Ausnahmesituation des öffentlichen Dienstes und damit sozusagen eine Vorleistung gegenüber anderen Bereichen.

(Minister Schleußer)

(A) Wo wir etwas zusätzlich tun können, das ist der Bereich der Ausbildung; da gebe ich Ihnen recht. Da haben wir zugelegt, soweit wir nicht für unseren eigenen Bereich ausbilden, und da müssen wir vielleicht in den nächsten Jahren noch ein wenig zulegen. Das halte ich auch für verträglich, auch für haushaltsverträglich, einen solchen Weg zu gehen.

Herr Kollege Bensmann, Sie haben mich ein wenig irritiert, denn ich habe die erste Lesung mitbekommen und Ihren Fraktionsvorsitzenden gehört. Er hat gesagt, 4,2 % Steigerung, wie im Haushaltsentwurf des Landes vorgeschlagen, sei im Prinzip Schönfärberei. Das sei viel zu niedrig, und man müsse zu anderen Planzahlen kommen.

Nun hatte ich gedacht, Sie sagen, wie es denn auf den Weg gebracht werden kann, zu höheren Zahlen, zu höheren Steigerungsraten zu kommen. Wir haben sauber gerechnet auf der Basis dessen, was wir kennen: sehr niedrige Einstiege in den sogenannten Aktiven-Bereich, weil oben hohe prozentuale Zuwächse sind, im Versorgungsbereich, im Beihilfenbereich und anderswo.

Nur, Sie wissen, wir werden Tarifverhandlungen zu führen haben, und anschließend stehen Ergebnisse da, die umgesetzt werden müssen. Ich weiß nicht, wie es in diesem Jahr laufen wird, ob es denn immer so sein muß, daß Tarifverhandlungen vor Gesetzgebungshandlungen stehen, das heißt, daß der Gesetzgeber nur nachvollzieht, was Tarifvertragsparteien ausgehandelt haben, oder ob der Bundesgesetzgeber nicht einmal den ersten Schritt macht -

(Zustimmung des Reinhold Trinius [SPD])

hin in eine Richtung, die er für zuträglich hält.

(Zuruf des Peter Bensmann [CDU])

Sie haben mich zu Recht zitiert, daß ich sage: Wir nehmen an jeder Gesetzesinitiative teil, die uns sinnvoll erscheint. Das galt vor allen Dingen für den Versorgungsbereich. Da warten wir - und das müssen Sie zusätzlich zitieren - auf das, was der Bundesgesetzgeber bisher schuldig ist: Das ist der Versorgungsbericht, den wir brauchen, um bestimmte Entscheidungen zu treffen. Er liegt vor, wie wir wissen. Er ist noch nicht ausgewertet, sagt der Bundesinnenminister. Ich bin davon überzeugt, daß der 24. März und die Nicht-Auswertung in einem engen Zusammenhang miteinander stehen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der Punkt. Ich sage nur: Die Vorschläge, die Herr Kanther dort auf den Weg bringt, die nur der Bundesgesetzgeber auf den Weg bringen kann, werden wir, soweit an der Bundesgesetzgebung im Bundesrat beteiligt, vernünftig begleiten.

Es war bisher zu dürftig, was da gekommen ist, und jedenfalls nicht hilfreich. Nun haben Sie eine völlig neue Idee eingebracht, daß wir für neu eingestellte Personen sozusagen eigene Versorgungssicherheit bringen sollen.

(Peter Bensmann [CDU]: Eine Möglichkeit!)

- Herr Kollege Bensmann, wenn Sie mir einen öffentlichen Haushalt zeigen, der ohne jede Kreditaufnahme auskommt, dann sage ich Ihnen: Das ist eine gute Grundlage, um Pensionsrückstellungen zu machen. Aber kreditfinanzierte Pensionsrückstellungen sind schlichte Augenwischerei, weil Sie für die Kredite höhere Ausgaben haben werden, als Sie an Zinseinnahmen für Pensionsrückstellungen bekommen.

(Demonstrative Zustimmung des Reinhold Trinius [SPD])

Sie können doch nicht unwirtschaftliches Verhalten vom Land verlangen. Das läuft doch in die Irre.

(Peter Bensmann [CDU]: Das heißt, Frau Simonis macht das falsch!)

- Ich sage nicht, sie macht es falsch, Sie versucht es über einen Weg, der unzulänglich ist. Mehr sage ich nicht.

Ich wäre ja dankbar, wenn Sie jedem Sozialdemokraten nacheifern würden; aber da gibt es auch gute und bessere Vorschläge. Greifen Sie doch die besseren auf!

(Klaus Matthiesen [SPD]): Nun hat der Herr Bensmann einmal eine Idee, und schon geht sie schief!

Was mich besonders beeindruckt, Herr Kollege Bensmann, Sie stellen sich hier hin und sagen: Das ist eine raffinierte Landesregierung. Sie streicht einen Pförtner und stellt dafür einen Staatssekretär ein.

(Peter Bensmann [CDU]: Drei Pförtner!)

- Nein, wir machen das viel präziser. Wir sagen, der Abbau muß gleichwertig sein. Das rechnen wir Ihnen haargenau jeweils vor. Das haben Sie eben anerkannt. Die Gesamtbesoldung muß stimmen.

(C)

(D)

(Minister Schleißer)

(A) Herr Bajohr, wir sind nicht darauf fixiert, daß es nur die unteren Bereiche trifft. Richtig ist daran, daß da, wo die höchste Fluktuation ist, natürlich auch der schnellste Abbau von kw-Stellen stattfindet. Aber die Schichtung zwischen dem einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienst ist ausgewogen, auch bei den kw-Stellen, wie Sie feststellen können.

Wir sind in Nordrhein-Westfalen keine Insel, Herr Bensmann. Das wissen Sie auch. Darum muß man sich ein wenig ansehen, wie es in anderen, vergleichbaren Ländern aussieht. Diese 50-Prozent-Marke an den Steuereinnahmen - das ist kein üblicher Begriff im Ländervergleich - haben wir aufgenommen, weil wir gesagt haben, daß diese Quote nicht nur von den Ausgaben zu rechnen ist, sondern auch von den Einnahmen.

Wir haben bisher die anderen Länder nicht von der Richtigkeit überzeugen können, weil es einfacher ist, über Ausgaben zu rechnen. Sie werden uns aber kein einziges Land in der Bundesrepublik nennen können, das sich mit einer Personalausgabenquote um die 50 % darstellen kann. Das ist nur Nordrhein-Westfalen.

(B) Es gibt Länder - alte Länder; ich rede nicht von den neuen -, die haben Personalsteuerquoten von 63 % und 68 %. Niemand ist auf dem Niveau von Nordrhein-Westfalen. Ich finde, das ist eine gute Geschichte.

Wenn wir die Ausgaben miteinander vergleichen, will ich nicht das Saarland nehmen. Da nehme ich Bayern mit einer Ausgabenquote von 42,2 %, Baden-Württemberg mit 42,2 % und Hessen mit 40,8 % und Nordrhein-Westfalen mit 39,7 %. Das sind Prozentzahlen, die zunächst nicht viel aussagen, weil man den Vergleichswert nicht hat.

Hätten wir in Nordrhein-Westfalen nur den Vergleichswert pro Einwohner der übrigen großen Flächenländer, müßten wir im Personalhaushalt etwa 4 Milliarden DM mehr ausgeben. Dann hätten wir den Durchschnitt erreicht. Wenn ich das mit den baden-württembergischen Personalausgaben vergleiche, wären es 4,7 Milliarden DM mehr Personalausgaben in Nordrhein-Westfalen.

Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Bensmann: Ich glaube, daß wir mit unseren Ausgaben generell und mit unseren Personalausgaben auf einem so guten Weg sind, daß wir Beispiele für diese Republik liefern könnten. Es wäre schön, wenn Sie sich für unser Land daran beteiligen würden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Finanzminister Schleißer. - Weitere Wortmeldungen zu Nummer 5 liegen mir nicht vor. (C)

Ich **schließe** die **Beratung**. Eine Abstimmung ist nicht notwendig. Die Abstimmung über die Stellenpläne und die hierzu vorliegenden Änderungsanträge ist in die Abstimmung über die Einzelpläne und über das Haushaltsgesetz 1996 eingebunden.

Ich rufe **Nummer 7** auf:

**Einzelplan 04:** Justizministerium

Dabei verweise ich auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/804.

Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile Frau Kollegin Opladen für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte sehr.

**Maria Theresia Opladen** (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist Brauch, aber schlechter Brauch, daß der Justizhaushalt in so später Stunde beraten wird. Immerhin ist es eines der klassischen Ministerien. Es ist sehr schade, daß nur noch wenig Interessierte, geschweige denn die Öffentlichkeit von den Beratungen hier Notiz nehmen können. (D)

Dabei interessieren die Fragen der Rechtsgewährung, der Durchsetzbarkeit von Ansprüchen, der schnellen und unbestechlichen Erledigung von Rechtsproblemen der Bürger und Bürgerinnen unseres Landes - diese ganz besonders -, aber auch die Frage der konsequenten und gerechten Ahndung von Straftaten und alles, was mit der Bestrafung der Täter bishin zur Situation der Gefängnisse zusammenhängt.

Sehr geehrter Herr Justizminister Behrens! Nach einem knappen Jahr Amtszeit kann die Frage, welchen Stellenwert Sie der Rechtspolitik im derzeitigen rot-grünen Kabinett verschafft haben, noch nicht ausreichend und abschließend beantwortet werden. Ich kann nur ganz ausdrücklich hoffen, daß es Ihnen gelingt, mehr Mitstreiter im Kabinett für die Belange der Justiz zu finden, als es Ihrem Vorgänger im Amt in den vielen Jahren seiner Amtszeit gelungen ist.

Aber solche Erfolgsaussichten sehe ich nicht, wenn ich mir den vorgelegten Haushalt und die in ihm vorgeschlagenen Maßnahmen ansehe und